

V-82 Die Würde verteidigen – den Frieden gewinnen!

Antragsteller*in: Robin Wagener (KV Lippe)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Würde verteidigen – den Frieden gewinnen!

2 „Freiheit wird nie geschenkt, immer nur gewonnen.“ (Heinrich Böll)

3 Europa steht am Anfang einer neuen Epoche. Einer Zeit, in der wir den Frieden
4 entschlossen zurückgewinnen müssen – für ein wachsendes Europa, das die Würde
5 der Menschen achtet und schützt. Ein Europa der Freiheit und des Rechts. Ein
6 Europa frei von Krieg, Gewalt und Unterdrückung. Gegen dieses Europa richtet
7 sich Putins Aggression.

8 Wir wollen den Frieden gewinnen, den Raum der Freiheit schützen und er weitern.
9 Darum muss Russland mit seinem aggressiven, genozidalen und imperialistischen
10 Versuch die Ukraine zu unterwerfen, scheitern. Es liegt daher im strategischen
11 und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands und der EU, die Souveränität
12 und territoriale Integrität der Ukraine entschlossen zu verteidigen und das Land
13 in seinem demokratischen Aufbau, der Rechtsstaatlichkeit und seiner
14 Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der euroatlantischen Integration zu unterstützen
15 und zu stärken. Es braucht eine neue Strategie zum Umgang mit dem autoritären
16 und aggressiven Russland von heute. Dazu gehört neben einer entschiedeneren
17 Unterstützung der Ukraine die Kooperation mit all jenen Kräften, die sich
18 glaubwürdig für ein demokratisches und friedliches Russland einsetzen. Ein
19 Russland, das die universellen Rechte seiner Bürger*innen ebenso achtet wie die
20 Souveränität seiner Nachbarstaaten.

21 Frieden gewinnen – glaubwürdig, nachhaltig, gerecht.

22 Russlands Überfall auf die Ukraine markiert den offenen Angriff auf die
23 zivilisatorischen Errungenschaften unserer Friedensordnung – auf Menschenrechte,
24 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ein Angriff auf das friedliche Zusammenwachsen
25 in Europa. Putins Russland zerstört als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates
26 der Vereinten Nationen gezielt die Institutionen unseres Friedens. Putin bricht
27 mit den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, den Grundsätzen der Charta von
28 Paris, dem Gewaltverbot der UN-Charta. Diese Prinzipien sind Voraussetzung für
29 unsere Sicherheit und wahren Frieden. Die Achtung der Menschenrechte, der
30 staatlichen Souveränität und die Unverletzlichkeit von Grenzen bilden das
31 Fundament einer glaubwürdigen Friedenspolitik – unserer Friedenspolitik. Krieg
32 und Gewalt dürfen nicht zum Standard internationaler Politik werden.

33 Wir stehen für einen Friedensprozess, an dessen Ende ein wahrhafter Frieden
34 stehen kann. Für uns ist Frieden keine Leerformel, kein plakativer
35 Wahlkampfeslogan. Unterwerfung und Fremdbestimmung stiften keinen Frieden,
36 sondern stärken Willkür, Chauvinismus und Gewalt. Für uns ist Frieden mehr als
37 die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist das Versprechen nach Sicherheit. Frieden
38 schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, für soziale und politische Teilhabe,
39 für Selbstverwirklichung. Frieden schafft die Voraussetzungen für die

40 Durchsetzung politischer Rechte und rechtsstaatlicher Prinzipien, für
41 Demokratie, für Dialog, für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und
42 kulturelle Vielfalt. Für diesen Frieden kämpft die Ukraine, kämpfen wir
43 gemeinsam, denn dieser Frieden gilt uns allen.

44 Die Ukraine verteidigt ihre Souveränität und territoriale Integrität ebenso wie
45 die Hoffnung auf ein Leben in Würde und Freiheit. 2014 traf die ukrainische
46 Gesellschaft die politische Grundsatzentscheidung für eine Zukunft in der
47 Europäischen Union. Sie ist das Ergebnis der ukrainischen Revolution der Würde,
48 der Freiheitsbewegung des Euromaidan in Kyjiw. Das Privileg einer Friedlichen
49 Revolution wurde den Menschen verwehrt: Auf dem Maidan wurden hunderte Menschen
50 durch das damalige autoritäre Regime erschossen oder verletzt. Zuvor hatten
51 Millionen Menschen monatelang in der Hauptstadt Kyjiw gegen Kälte und staatliche
52 Gewalt angekämpft, sind für Demokratie und Freiheit eingetreten. Ihre
53 Forderungen folgen jenen, mit denen auch wir als Teil der ostdeutschen Friedens-
54 und Freiheitsbewegung in den 1980er Jahren die DDR-Diktatur und weitere
55 autoritären Regime in Europa überwunden haben.

56 Es ist der demokratischen Zivilgesellschaft des Euromaidan und ihren
57 Errungenschaften zu verdanken, dass die Ukraine heute ein demokratischer und
58 gefestigter Staat wird. Seit dem Euromaidan geht das Land trotz der russischen
59 Aggressionen einen entschlossenen Reformkurs zur euroatlantischen Integration.
60 Seither gewinnen die Menschen in den freien Gebieten der Ukraine an politischer
61 und wirtschaftlicher Teilhabe. Reformen in den Bereichen Justiz,
62 Korruptionsbekämpfung und zur Modernisierung des Staates müssen weiter gefestigt
63 werden. Darin unterstützen wir sie als Freunde, Partner und Verbündete – denn
64 der ukrainische Frieden ist unser Frieden. Putin wird in der Ukraine scheitern.
65 Die Hoffnung auf ein Leben im Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts
66 spendet den Ukrainer*innen Hoffnung, gibt ihnen die Kraft und den Willen, sich
67 zu der russischen Gewalt zu widersetzen und das gesamte Land zu befreien. Dieser
68 Wille kann nicht bezwungen werden.

69 Bedrohungen erkennen – entschlossener handeln.

70 Die ukrainischen Reformfolge und der demokratische Wandel veranlassten Putin
71 zum Überfall auf die Ukraine – 2014 im Donbas und auf der Krim, 2022 gegen das
72 gesamte Land. Putin sieht sein autoritäres Herrschaftssystem durch den
73 Fortschritt der Ukraine bedroht. Putin führt diesen Krieg, um das Wohlstands-
74 und Erfolgsversprechen einer gelingenden EU-Integrationen zu verhindern. Kein
75 anderes Land hat für seine Hinwendung zur EU einen höheren Preis zahlen müssen.
76 Putin will die Ukraine für ihren Erfolg bestrafen, um auch den Russ*innen
77 Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu nehmen. Russland braucht kein zusätzliches
78 Land, Putin braucht die Gewalt des Krieges für seinen eigenen Machterhalt. Die
79 gescheiterten Normandie-Verhandlungen und gebrochenen Minsk-Abkommen beweisen
80 seinen mangelnden Willen für diplomatische Lösungen.

81 Der Kreml setzt strategisch auf die politische Ermüdung des Westens. Er kämpft
82 einen Informationskrieg mit Lügen, Propaganda und Kreml-nahen Parteien und
83 Bündnissen. Er schürt Hass und Hetze, um unsere freien Gesellschaften zu spalten
84 und die Unterstützung für die Ukraine zu mindern. Der Verfassungsschutz warnt
85 vor großangelegten Desinformationskampagnen, die gezielt kreml-nahe Propaganda
86 verbreiten und vom russischen Terror in der Ukraine ablenken. Doch die Bilder
87 aus der Ukraine lassen uns nicht kalt. Wir stumpfen nicht ab. Wir sehen, wie

88 groß das Trauma, der Schmerz, der Verlust ist. Wir sehen Yaroslav in Lwiw, der
89 seine Frau und seine drei Töchter bei einem russischen Bombenangriff auf ihr
90 Wohnhaus verloren hat. Wir sehen Svitlana in Kyjiw, die sich als Kinderärztin
91 während des Luftalarms vergewissern wollte, dass sich alle Kinder der
92 Intensivstation in den Bunkern befinden und dabei selbst durch einen russischen
93 Marschflugkörper getötet wurde. Wir sehen Olha aus Jahidne, die von russischen
94 Soldaten im Keller einer Schule wochenlang eingesperrt wurde. Mehrere der über
95 367 Dorfbewohner*innen starben, Tod und Verwesung auf engstem Raum mit kleinen
96 Kindern. Wir sehen Karolina aus Mariupol, die ihr Baby ausgehungert und zwischen
97 Schüssen russischer Soldaten auf einem Krankenhausflur zur Welt bringen musste.
98 Es gibt unzählige dieser traurigen Geschichten. Sie sind uns Mahnung und Auftrag
99 zugleich, denn sie geschehen jeden Tag. Sie sind Albtraum und bittere Realität.
100 Die grausamen Bilder aus Butscha und Irpin sind nicht nur Zeugnis der
101 Vergangenheit, sondern der Blick in die Gegenwart des russischen
102 Besatzungsregimes, sie zeigen die Zukunft, sollte sich Putin durchsetzen. Die
103 Kapitulation gegenüber Putin würde diesen Terror belohnen und zu immer neuen
104 Gewalttaten ermutigen.

105 Wir verschließen nicht die Augen vor der Realität. Russlands Krieg hat
106 schlimmste Folgen in der Ukraine und weit darüber hinaus. Zehntausende
107 Soldat*innen und Zivilist*innen wurden getötet oder verletzt. Ein Fünftel des
108 ukrainischen Staatsgebiets ist von russischen Truppen besetzt. Die
109 Energieinfrastruktur wird nahezu täglich durch russische Drohnen und Raketen
110 zerstört. Kälte und Dunkelheit, fehlendes Wasser führen zu immer neuen
111 humanitären Krisen. Es wächst eine Generation heran, die durch die Traumata des
112 Krieges geprägt sein wird. Russlands Krieg wirkt aber weit über die Grenzen der
113 Ukraine hinaus: Enorme Preissteigerungen, Lebensmittelknappheiten durch
114 russische Angriffe auf die ukrainische Landwirtschaft und Hafeninfrastuktur
115 verursachen Hunger und Elend weltweit. Hohe Energiepreise und Inflation sind
116 Kalkül und direkte Folge des russischen Angriffskrieges. Putin hat Armut und
117 sozialen Spannungen weiter verschärft.

118 Daher werden wir nicht müde, wir bleiben entschlossen. Nichts bedroht den
119 Frieden so sehr, wie die fehlende Bereitschaft, ihn entschlossen zu verteidigen.
120 Wir wollen, dass unsere Freund*innen in der Ukraine endlich wieder ohne Angst
121 schlafen und ein normales Leben führen können. Ein Leben in Frieden, ohne
122 russischen Terror. Dafür unterstützen wir die Ukraine. Wir verteidigen, was
123 zählt. Wir verteidigen ein Leben in Würde und Freiheit. Wir unterstützen die
124 Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität, denn
125 ukrainisches Territorium ist keine abstrakte Fläche, sondern der Ort an denen
126 die Menschen frei von Angst, Verfolgung und Willkür in Würde und Freiheit leben
127 können. Orte, in denen ihre Rechte geachtet und garantiert werden. Wir
128 unterstützen die Ukraine in der Resilienz ihrer Gesellschaft gegen den
129 alltäglichen und überall präsenten Schrecken der russischen Angriffe, mit
130 intensiver humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe und Zusammenarbeit.

131 Seit der russischen Vollinvasion stärkt Deutschland die Ukraine in ihrem Recht
132 auf Selbstverteidigung. Als Bündnisgrüne stehen wir grundsätzlich für
133 restriktive Rüstungspolitik und streiten dennoch für bestmögliche Unterstützung
134 der Ukraine. Handlungsleitend für den Einsatz gelieferter Waffen muss das
135 Völkerrecht uns seine Wahrung sein, nicht die Selbstabschreckung vor dem Kreml-
136 Regime und seiner Propaganda. Die militärische Unterstützung der Ukraine hat
137 massiv zur Verteidigung und Befreiung des Landes beitragen können. Dank ihr sind

138 heute weniger Ukrainer*innen dem russischen Terror der Vergewaltigung,
139 Verschleppung, Folter und des Mordes ausgesetzt. Die ukrainischen Partner*innen
140 haben bewiesen, dass sie beim Einsatz der gelieferten Waffen das humanitäre
141 Völkerrecht wahren und getroffene Vereinbarungen erfüllen.

142 Die Ukraine muss in die Lage kommen, ihre Bevölkerungen bestmöglich vor den
143 russischen Angriffen zu schützen. Deutschland muss aus seinen Fehlern lernen.
144 Die Zögerlichkeit westlicher Waffenlieferungen hat die Verteidigungs- und
145 Befreiungsbemühungen der ukrainischen Streitkräfte erschwert. Noch immer
146 schränkt sie konsequenten Schutz der Bevölkerung des Landes ein. Deutschland
147 kann und muss noch stärker zur Verteidigung der Ukraine beitragen – im Vertrauen
148 auf und in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Die Ukraine kann sich nur
149 dann erfolgreich verteidigen, wenn sie militärisch in der Lage ist, weit hinter
150 den Frontlinien Angriffe auf Ziele wie russische Munitionsdepots,
151 Versorgungsrouten und Kommandoposten durchzuführen. Die Befreiung der
152 ukrainischen Seewege für den lebensnotwendigen Getreideexport zeugen vom Erfolg
153 des ukrainischen Militärs. Wir begrüßen daher die Lieferung europäischer und
154 amerikanischer Marschflugkörper und bleiben überzeugt, dass auch Deutschland
155 diese Fähigkeiten zur Verfügung stellen kann und sollte. Russische Waffen müssen
156 zerstört werden können, bevor sie zum Einsatz gegen die Ukraine kommen und nicht
157 erst im Anflug auf Wohn- und Krankenhäuser oder die Energieinfrastruktur.

158 Zu oft verstellt die militärische Debatte den Blick für die vielfältigen
159 diplomatischen Bemühungen und Erfolge. Wir unterstützen die vielfältigen
160 Friedensinitiativen der ukrainischen Regierung. Trotz massivster russischer
161 Eskalationen beweist die Ukraine ihren Willen für diplomatische Lösungen:
162 Resolutionen der Vereinten Nationen, Gefangenenaustausche, Transitrouten für
163 Getreide-Exporte, die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen oder die
164 Friedensgipfel wären ohne massivstes diplomatisches Engagement unmöglich. Klar
165 ist, wenn Russland die Zerstörung globaler Institutionen fortsetzt, gefährdet es
166 den Frieden weltweit.

167 Russland investiert aktuell ein Drittel seiner Staatsausgaben in Krieg und
168 Kriegswirtschaft. Knapp 7 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts werden
169 allein für militärische Zwecke genutzt. Russland mobilisiert fortwährend und
170 baut immer neue Strukturen und Kampfeinheiten auf. Damit bereitet sich der Kreml
171 nicht nur auch einen langen Krieg gegen die Ukraine vor, sondern überkompensiert
172 die Verluste seines Angriffskriegs und baut strategische Reserven auf, die der
173 Konfrontation mit weiteren Staaten dienen. Die russische Rüstungspolitik stellt
174 vor dem Hintergrund der imperialen Logik und aggressiven Rhetorik eine
175 ernstzunehmende Bedrohung für ganz Europa dar. Deutschland und seine Verbündeten
176 sind daher gezwungen, dieser russischen Militarisierung der internationalen
177 Beziehungen so zu begegnen, dass wir auch künftig politisch handlungs- und
178 durchsetzungsfähig bleiben. Wir halten am Ideal unserer konventionellen und
179 nuklearen Abrüstungspolitik fest, stellen uns aber nicht blind gegenüber der
180 Bedrohung durch die aktuelle russische Regierung. Glaubwürdige Abrüstung setzt
181 gegenseitiges Vertrauen voraus.

182 Schon heute geht Putins Aggression weit über die Grenzen der Ukraine hinaus:
183 Cyberangriffe auf den Bundestag und kritische Infrastrukturen der EU, Lügen- und
184 Destabilisierungskampagnen zur Unterstützung von Extremisten*innen, die unsere
185 Freiheit von innen heraus zerstören sollen, politische Auftragsmorde in unseren
186 Städten, andauernde Verletzungen unseres Luftraums, Sprengstoff- und

187 Brandanschläge gegen Schlüsselindustrien. Putin befindet sich längst im Krieg
188 mit dem freien Europa – mit uns. Auch innerhalb Russlands festigt Putins
189 Gewaltpolitik die eigenen Machtstrukturen. Politische Auftragsmorde an
190 Journalisten und Oppositionellen wie Anna Politkowskaja, Boris Nemtsov oder
191 Alexej Nawalny sind Zeugnis seiner massiven Repression nach innen, die den Krieg
192 nach außen möglich machen. Der Tiergartenmord steht beispielhaft für die
193 Blutspur des Kremls.

194 Die auf naiven Hoffnungen und Wunschvorstellungen beruhende politische
195 Zurückhaltung gegenüber früheren Grenzverletzungen haben Putin aufgezeigt, dass
196 er keine drastischen Konsequenzen fürchten muss. Er setzt seinen Kurs immer
197 intensiver fort, gewaltsam die Normen der internationalen Politik zu
198 verschieben. Der Kreml geht mit äußerster Repressionen gegen die eigene
199 Gesellschaft vor und bleibt auf Konfrontationskurs mit dem Westen. Dieser
200 Realität stellen wir uns.

201 Für eine Strategie der Zuversicht

202 Die Ukrainer*innen bestätigen uns den Wert unserer europäischen
203 Errungenschaften. Daraus bestimmen wir die strategischen Ziele unserer Zeit. Es
204 braucht daher jetzt eine neue entschlossenere Strategie, um Putin zu überwinden.
205 Die erfolgreiche Integration der Ukraine in die Europäische Union und NATO
206 bildet dafür unser strategisches Kernziel. Denn diese Mitgliedschaften
207 garantieren der Ukraine Sicherheit und fördern somit den erfolgreichen
208 Reformprozess, den die Gesellschaft anstrebt.

209 Bis heute hat Russland seine strategischen Kriegsziele verfehlt, trotzdem hält
210 Putin daran fest, die Ukraine zu unterwerfen und die Konfrontation mit dem
211 Westen zu suchen. Putins Ziel ist die Unterwerfung der Ukraine und die
212 Zerstörung der europäischen Friedensordnung. Er hat sein Schicksal mit diesem
213 Krieg verknüpft. Der Kreml setzt die langfristige Konfrontation mit steigenden
214 menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Kosten, verbunden mit
215 Eskalationsdrohungen. Dies soll die Entschlossenheit der Ukraine-Unterstützer
216 untergraben. Sollte die Ukraine nicht vollständig besiegt und als Staat
217 ausgelöscht werden, will Russland sie zwingen, russische Bedingungen für eine
218 vorübergehende Entspannung des Konflikts zu akzeptieren. Dies würde Russland die
219 Möglichkeit geben, seine Kräfte zu reorganisieren und sich auf eine weitere
220 Phase des Krieges vorzubereiten.

221 Für uns ist klar: Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, Putin muss
222 scheitern. Russland muss Verantwortung für den Krieg und seine Kriegsverbrechen
223 übernehmen. Für die friedliche Zukunft in Europa muss es dem Putin-Russland
224 verneint werden, diesen Krieg fortzuführen und sein bestehendes diktatorisches
225 Regime aufrechtzuerhalten. Es liegt in unserem strategischen Interesse, dass
226 sich das Regime in Russland ändert. Kurzfristig muss daher die militärische und
227 diplomatische Unterstützung der Ukraine weiter verstärkt werden. Wir setzen uns
228 für die Verschärfung und verbesserte Wirksamkeit europäischer und
229 internationaler Sanktionen gegen Russland ein, um die russische Kriegsfähigkeit
230 zu schwächen und Ressourcen des russischen Staates für seine Kriegswirtschaft
231 maximal zu beschneiden. Auch mittel- und langfristig setzen wir auf
232 wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen
233 Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen, unsere eigene
234 politische und militärische Handlungsfähigkeit durch klare Signale der

235 Entschlossenheit wahren und Verteidigung der westlichen Staaten und ihrer
236 Partner garantieren.

237 Für strategischen Erfolg braucht es eine noch stärkere wirtschaftliche und
238 sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit engsten Partnern, den liberalen
239 Demokratien. Es braucht ein öffentliches Verständnis und die breite
240 gesellschaftliche Unterstützung zur Verteidigung unserer grundlegenden
241 Prinzipien der regelbasierten Friedensordnung gegen die freiheitsfeindlichen
242 Akteure unserer Zeit. Das bedeutet auch eine kohärente und intensive
243 Kommunikation und eine ehrliche Debatte mit der eigenen Bevölkerung. Das
244 verstehen wir als Herausforderung und Auftrag zugleich.

245 Wir stärken den Frieden weltweit. Während Russland bereit ist, Hunger gezielt
246 als Waffe einzusetzen und zynisch mit steigenden Kosten für Nahrungsmittel,
247 Energie und Transport Hunger- und Wirtschaftskrisen zu verschärfen, setzen wir
248 auf universelle Rechte, starke Institutionen und auf respektvolle und
249 verlässliche Partnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens. Unser
250 Engagement gilt einer partnerschaftlichen, feministischen, dekolonialen und
251 nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, die darauf abzielt, systemische
252 Ungerechtigkeiten abzubauen. Wir arbeiten unser koloniales Erbe kritisch auf,
253 statt den russischen Imperialismus zu relativieren und somit kolonialen
254 Kontinuitäten zu folgen. Dem russischen Ziel einer global geltenden Herrschaft
255 der Stärke und Gewalt setzen wir einen glaubwürdigen Multilateralismus mit
256 echter Diplomatie und partnerschaftlicher Zusammenarbeit entgegen.

257 Russlands Imperialismus reicht weit über die Ukraine hinaus. Er bedroht ganz
258 Osteuropa. Deutschland und die Europäische Union müssen daher noch stärker auf
259 die demokratischen Kräfte und die lebendigen Zivilgesellschaften setzen und sie
260 stärken.

261 Putin nutzt Belarus unter Diktator Lukaschenka als Aufmarschgebiet seiner
262 Truppen und stationiert dort Atomwaffen, die gegen uns gerichtet sind. Wir sehen
263 friedliebenden Menschen, die durch Terror und Gewalt marginalisiert werden
264 sollen. Wir stehen fest an der Seite von Swetlana Tichanowskaja und den vielen
265 mutigen Menschen, die sich unermüdlich für Frieden und Demokratie einsetzen. Die
266 Freilassung der politischen Gefangenen und die Unterstützung der belarusischen
267 Demokratiebewegung hat für uns höchste Priorität. Maria Kalesnikowa muss leben.
268 Ales Bialiatski muss leben. Es darf kein weiterer politischer Gefangener in
269 belarusischer Haft sterben. Auch die Republik Moldau und Georgien sind seit
270 langem Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen
271 Russlands. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen Integrität
272 beider Länder. Wir werden die Republik Moldau und Georgien auf ihrem Weg in die
273 EU bestmöglich unterstützen, gleichzeitig aber die dafür nötigen Reformen
274 einfordern. Während die moldauische Präsidentin Maia Sandu ihr Land ambitioniert
275 in Richtung EU steuert, vollzog die georgische Regierung einen autokratischen
276 Kurswechsel. Klar ist: Solange in Georgien NGOs und LGBTQAI+ Menschen per Gesetz
277 diskriminiert werden, kann es keine Fortschritte im EU-Beitrittsprozess des
278 Landes geben.

279 Für uns steht fest: Russland hat die Chance auf eine bessere Zukunft. Es kann
280 sich in eine friedliche parlamentarische Demokratie wandeln, eine wahre
281 Föderation. Wir stehen daher an der Seite der tausenden russischen politischen
282 Gefangenen, die gegen den Krieg aufbegehren. Ihr Wunsch nach Frieden ist kein

283 Verbrechen. Wir reichen denjenigen Russ*innen die Hand, die sich glaubwürdig für
284 ein Ende des Krieges engagieren. Wir bieten eine Heimat für all jene, die sich
285 für eine demokratische, freie und friedliche Zukunft Russlands engagieren.

286 Wir sind zuversichtlich. Die Entwicklungen seit 1945 beweisen, dass die Achtung
287 der Würde und Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den
288 wahren Frieden stiften. Wir stehen dafür, diese Werte – zugleich unsere
289 wichtigsten Interessen – entschlossen zu verteidigen. Um wahrhaften Frieden zu
290 gewinnen.

weitere Antragsteller*innen

Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Chantal Kopf (KV Freiburg); Jamila Schäfer (KV München); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Anton Hofreiter (KV München-Land); Britta Jacob (KV Dachau); Philip Krämer (KV Darmstadt); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Lukas Benner (KV Aachen); Helge Limburg (KV Holzminden); Maria Anna Tillmann (KV Hochsauerland); Julia Woller (KV Köln); Peter Heilrath (KV München); sowie 87 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.